

Das Ende des christlichen Abendlandes: Deutsche Unis gegen Christen

Von Peter Helmes

Das Klima an Deutschlands Universitäten wird religionsfeindlicher

Die Kultur ist das wichtigste Gut einer Nation. Wenn die Kultur bekämpft oder gar ausgerottet wird/werden soll, geht die nationale Identität verloren.

Die Frankfurter Schule – „geistiges Oberhaupt“: Karl Marx – versucht seit Jahrzehnten, der deutschen Nation den Garaus zu bereiten. Die Geschichte wird gebrochen, verzerrt oder schlicht gefälscht und die Axt an die Wurzeln gelegt. Die Wurzeln unserer Kultur finden wir in Athen, Rom, im Christen- und im Judentum sowie in der Aufklärung.

Das ist und bleibt auch dann eine Tatsache, wenn gerade jetzt die christlichen Wurzeln Europas gezielt und massiv verschwiegen werden, wenn der Einfluß des Christentums auf Europa verzerrt, zum Teil böswillig entstellt wird.

Ist das nur die Spitze des Eisberges, oder sind wir schon unter dem Eisberg begraben?

Universitäten sind die geistigen Herzkammern einer Kultur – mit all ihren Widersprüchen, wovon der wissenschaftliche Disput lebt. Wenn die Christen, wie hier geschildert, aus den Universitäten herausgeekelt werden sollen, werden sie (die Unis) von ihren geistigen Wurzeln gelöst und ihrer Tradition beraubt. Ersatz für den „alten Geist“ sollen wir dann bei den Jüngern der Frankfurter Schule finden, die eine Neue Gesellschaft errichten, einen Neuen Menschen schaffen will.

„Gesellschaft“ wird zu einem organisatorischen Zweck degradiert, der eine Wertegemeinschaft nicht mehr zuläßt. Der Kampf der „Frankfurter“ gegen die alte Gesellschaft war und ist letztlich ein Kampf um die Um- und schließlich Ent-Wertung der alten Ordnung, die sich zu den gemeinsamen geistigen und geschichtlichen Wurzeln bekannte.

Die Werte, zu denen wir uns (bisher) bekannten, garantierten mehr als nur das Zusammenleben in einem Land (geographisch gesehen). Sie garantierten unsere Rechtsordnung, unsere Meinungsfreiheit, die Freiheit des religiösen Bekenntnisses usw. und gaben unserer Gemeinschaft eine solide Basis des Miteinander und der individuellen Entfaltung.

Wer die Kultur eines Landes verleugnet, verleugnet und diskreditiert seine Geschichte. (Die „Faschismuskeule“ ist ein Symptom dieser Denkrichtung.) Unsere Geschichte – insbesondere die jüngere, aber auch die Mittelalters – wird kriminalisiert. Und: Die „Frankfurter“ lassen nicht erkennen, auf was unsere Kultur fußt; denn sie verleugnen die Wurzeln. Welcher Geist hat unsere Nation getragen – über Jahrhunderte? Auf diese Frage geben sie bewußt keine Antwort, weil sie die deutsche Geschichte auf zwölf (böse) Jahre reduzieren.

Das führt dazu, daß unsere Kultur „entkulturiert“ wird, in der die Gesellschaft nur mit materiellen Vorgaben auskommen soll. Sie übersehen, daß Europa, gerade auch Deutschland, ein „Traditionsraum der besonderen Art“ ist. Hier lag und liegt – aber nicht mehr lange, wenn die Linken so weitermachen – der Boden für geistige Auseinandersetzungen, für Erfindungen und Hochkultur in Schrift (eine Vielzahl großer Dichter), Ton (große Komponisten) und Bildende Künste.

Wollen wir diese Grundlage zerstören, vernichten?

Freiheit für die Toleranz – und nicht für verordnete Einheitsmeinung!

Ich weiß von meinem Freund Michael Mannheimer (MM), daß diese „christliche“ Sicht auch von Agnostikern und Atheisten akzeptiert werden kann. (MM ist bekennender Agnostiker.) Denn sie respektiert den Menschen – auch in seinen Widersprüchen.

Ein hoher Wert, den uns unsere geistigen Väter vermittelt haben, ist die Toleranz. Das ist aber genau der Wert, der den linken Gesellschaftsveränderern ein Dorn im Auge ist. Sie reden zwar von Toleranz, meinen aber – wie ihre geistige Vortänzerin Rosa Luxemburg – nicht Toleranz für alle und jeden, sondern nur für Gleichgesinnte. Motto: **„Ich akzeptiere, was Du sagst, solange Du meine Meinung vertrittst.“**

Wenn dieser Ungeist der „gebundenen Toleranz“ in die Schulen und Universitäten einzieht, ist es bald vorbei mit der „Freiheit von Forschung und Lehre“. Schon heute klagen Professoren darüber, daß sie nicht mehr sagen, nicht mehr lehren können, was sie wollen. Sie werden zunehmend gezwungen, nur noch „politisch Korrektes“ zu verkünden. Tun sie es nicht, werden sie verunglimpft und auch (geistig und körperlich) bedroht.

Diese „verordnete Einheitstoleranz“ führt dann letztlich zu Mißbildungen der Gesellschaft – gefördert durch eine neue „Kontrollkultur“, die zwar maßlos, aber mit dem Namen Maas verbunden ist. Hunderte von Autoren dürfen nicht mehr schreiben, was sie denken. Und so sie davon leben, ihr täglich Brot damit verdienen – droht ihnen die Vernichtung ihrer Existenz. Was das noch mit dem Geist der Aufklärung zu tun hat, weiß ich nicht. Und Herr Maaskahane wird es uns gewiß nicht erklären (wollen oder können).

Mehr und mehr deutsche Universitäten schließen Christen aus

Mein langjähriger Leser Dr. Heger weist mich dankenswerterweise auf einen Umstand hin, der das Ausmaß nicht nur eines Skandals angenommen, sondern erhebliche Auswirkung auf die Freiheit der Universitäten haben dürfte.

Dr. Heger schreibt dazu: *„Diese Entwicklung an deutschen Hochschulen überrascht nicht mehr wirklich. Man konnte eine ähnliche Entwicklung in den USA beobachten – was wohl auch dazu geführt hat, daß zur wütenden Überraschung der sie befördernden „Liberalen“ eine Gegenbewegung Donald Trump zum Präsidenten der USA gemacht hat.“*

Die Studentenmission in Deutschland (SMD)...

...hat dutzende Fälle dokumentiert, in denen Studentenverwaltungen frommen Organisationen die Zusammenarbeit aufgekündigt haben. Oft mit dem Argument, Glaube habe an der Hochschule nichts verloren.

Sie heißen Campus für Christus, Studentenmission in Deutschland (SMD) oder Evangelische Studierendengemeinde (ESG) und haben eigentlich nichts Schlimmes im Sinn: Flyer für eigene Veranstaltungen verteilen, im Winter warmen Kaffee an die Studenten ausschenken und mit dem ein oder anderen über den Glauben ins Gespräch kommen – die Arbeit der verschiedenen christlichen Studentengruppen sieht ähnlich aus. Doch an immer mehr Universitäten in Deutschland werden den jungen Menschen Aktivitäten auf dem Campus oder die Anmietung von Räumen verwehrt.

So erlebte es Elisa Fuchs. Die 24-Jährige studiert Interkulturelle Kommunikation an der TU Chemnitz und leitete zeitweise eine SMD-Gruppe an ihrer Hochschule. „Der Name SMD ist kaum gefallen, da gab es schon Einwände“, berichtet sie aus einer Sitzung des Studentenrats im März. In regelmäßigen Abständen müssen sich Studentengruppen, die an Universitäten aktiv sein wollen, ihr Engagement neu genehmigen lassen, der Vorgang nennt sich

Akkreditierung. Die Entscheidung darüber, ob die Akkreditierung gewährt wird oder nicht, obliegt den studentischen Selbstverwaltungen, also Studentenrat, kurz Stura, oder Allgemeinem Studierendenausschuss, kurz Asta. In Chemnitz entschied der Stura schließlich: Es soll kein offizieller Platz mehr sein für die SMD. Laut Fuchs wurden zwei Gründe genannt. Religion habe keinen Raum an der Hochschule. Auch die Frage nach dem Umgang mit Homosexualität sei gestellt worden. Offenbar ging der Stura davon aus, dass die Christen dem Thema kritisch gegenüberstehen.

„Bei uns wurde noch nie jemand ausgeschlossen“, erklärt Fuchs im Gespräch mit pro. Das habe sie auch damals geantwortet, akkreditiert wurde die SMD dennoch nicht. Das Flyern ist den Christen seit diesem Tag auf dem Campus untersagt. In der darauffolgenden Sitzung des Stura ereilte die ESG dasselbe Schicksal. Wer den Stura nach seinen Gründen für die Ablehnung fragt, steht vor verschlossenen Türen. Einsicht in das Protokoll der Sitzung sei eingeschriebenen Studenten vorbehalten, eine mündliche Wiedergabe des Sitzungsverlaufs werde den Beteiligten nicht gerecht, erklärt die Studentenvertretung auf Anfrage von pro schriftlich. Ein Telefonat zur Sache lehnt der Stura ab, verwahrt sich aber gegen den Vorwurf der Religionsfeindlichkeit. Die Universität selbst erklärt, sie bekenne sich ausdrücklich zum Grundsatz der Religionsfreiheit. An der TU Chemnitz gibt es derzeit keine akkreditierte evangelische Hochschulgruppe.

30 Fälle dokumentiert

Chemnitz ist kein Einzelfall. Fabian Mederacke ist seit vier Jahren als Referent für die Arbeit der SMD in Anhalt, Sachsen und Thüringen zuständig. Deutschlandweit hat er in dieser Zeit 30 Fälle von Nichtakkreditierung an Universitäten dokumentiert. Die Liste reicht von Berlin über Darmstadt bis nach Regensburg. Laut SMD äußern die Studentenvertretungen die immer gleichen Vorwürfe: Religion oder Mission soll keinen Platz im wissenschaftlichen Raum der Hochschule haben, erst recht keine konservative Orientierung. Tatsächlich gibt es in den Landeshochschulgesetzen keine klaren Regelungen hinsichtlich der Zulassung. Wer offiziell akkreditiert wird, liegt vor allem im Ermessen von Stura oder Asta.

Verbote treffen nicht nur Christen. In Berlin schloss die Technische Universität im März 2016 alle Gebetsräume. Auslöser war ein Freitagsgebet muslimischer Studenten, das derart viele Gäste anzog, dass die Uni-Leitung sich gezwungen sah, die Aktivität zu unterbinden. Mit Verweis auf das grundgesetzliche Neutralitätsgebot des Staates teilte TU-Präsident Christian Thomsen damals mit: „Eine staatliche Universität ist ein weltanschaulich neutraler und unparteiischer Ort, an dem der wissenschaftliche Diskurs im Mittelpunkt steht. Er ist kein Ort für die Religionsausübung.“

Der evangelische Landesbischof Markus Dröge reagierte darauf mit einem offenen Brief, in dem er der Hochschule eine Einschränkung der Religionsfreiheit vorwarf. Öffentliche Gebetsräume seien in Berlin völlig normal. „Die Kapelle im Olympiastadion zum Beispiel erfreut sich großer Beliebtheit. Fast jedes Krankenhaus verfügt über Gebetsräume. Und der Flughafen BER ist zwar noch nicht eröffnet, verfügt aber bereits jetzt über eine funktionstüchtige Kapelle. Alles öffentliche Räume, in denen die freie Religionsausübung selbstverständlich ihren Platz hat“, konterte Dröge. Die Gebetsräume blieben dennoch geschlossen – für Muslime greift das Verbot ebenso wie für Christen.

In einem Interview von pro beklagt auch der Leiter von „Campus für Christus“ in Deutschland, Clemens Schweiger: „An den Universitäten ist die Atmosphäre deutlich antichristlicher geworden. Wir bekommen als christliche Organisation kaum noch Räume.“

Häufig heiÙe es, wer Christen einen Raum biete, müsse auch Muslimen und Islamisten einen geben. „Der christliche Glaube wird ins Private gedrängt“, warnt Schweiger.

„An den Universitäten ist die Atmosphäre deutlich antichristlicher geworden.“

Diese Gefahr sieht auch Birgit Bergmann, CDU-Abgeordnete in Bremen. An der dortigen Universität wurde 2015 die christliche Gruppe „Navigatoren“ nicht akkreditiert. Laut Sitzungsprotokoll begründet der Asta die Entscheidung mit deren Verbindung zur Deutschen Evangelischen Allianz, unter deren Dach sich evangelikale Gemeinden und Gruppen treffen. „Die Evangelische Allianz ist ein bundesweites Netzwerk, das maßgeblich an dem homophoben und antifeministischen ‚Marsch für das Leben‘ beteiligt ist und Demonstrationen der ‚Besorgten Eltern‘ unterstützt, die sich gegen Sexuelle Vielfalt aussprechen“, heißt es im Protokoll, das pro vorliegt. Die Ablehnung erfolgte einstimmig.

Bergmann kritisiert im Gespräch mit pro eine aggressive Grundhaltung der Studentenvertretungen gegenüber Christen. Sie würden unter Generalverdacht gestellt und im konkreten Fall werde einer demokratiekonformen Gruppe der Zugang verwehrt: „Bunt heißt an der Uni von kommunistisch nach grün – alles andere wird pauschal als rechts diffamiert.“ Die Hochschulleitungen hielten sich aus der Sache raus und lieÙen gläubige Menschen deshalb alleine. Sie sehe, dass religiöse Studenten oft gar keinen Kontakt mehr zu Unigruppen aufbauten und ihren Glauben stattdessen alleine zu Hause lebten. „Das ist eine Verdrängung der Religion aus der Öffentlichkeit“, ist sie überzeugt und wünscht sich von den Hochschulen eine Selbstverpflichtung zur Zulassung all jener Gruppen, die sich den Menschenrechten und der Demokratie verpflichteten. „Wir brauchen eine bunte Vielfalt und nicht einseitige Dominanz“, sagt sie.

SMD-Referent Fabian Mederacke hat derweil ein Strategiepapier für den Umgang mit Ablehnungen durch Hochschulgremien erstellt. Darin erklärt er, das Zurückdrängen der Studentengruppen sei nicht mit der grundgesetzlichen Religionsfreiheit vereinbar. Statt Organisationen nicht zu akkreditieren, sollten die Universitäten von allen eine Selbstverpflichtung zum respektvollen Umgang und ein Bekenntnis zur Verfassung und zur Demokratie einfordern. Außerdem sieht er die Kultusministerkonferenz in der Pflicht, sich des Themas anzunehmen. Denn Mederacke ist sich sicher: „Religion und deren Wertevermittlung sind Bestandteil des Bildungsauftrages von Hochschulen. Daher sollten religiöse Gruppen sich im öffentlichen Campusleben präsentieren.“

05. Februar 2018